

## **N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 27. Sitzung des Rates**

vom:	<b>24.04.2002</b>
von:	<b>16:00 Uhr</b>
bis:	<b>19:45 Uhr</b>
Ort:	<b>Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal</b>

#### **Anwesend waren:**

##### I. Vom Rat

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender  
Al-Omary, Falk  
Bertelmann, Hans-Günter  
Boller, Joachim  
Daus, Anny  
Dittert, Katrin  
Dreisbach, Jürgen - bis 18.50 Uhr w. TOP 6 öT  
Elter, Uwe - bis 18.50 Uhr w. TOP 6 öT  
Flohren, Angelika  
Fries, Traute  
Gaden, Helga  
Gelber, Gunther  
Gerlach, Heinrich  
Gierlich, Michael  
Glaamann, Herta  
Groß, Michael  
Heupel, Rüdiger  
Höpfner-Diezemann, Ute - bis 19.07 - Ende öT  
Jacob, Martin  
Katz, Reinhilde  
Kirchhöfer, Karl Wilhelm  
Kleine, Sancho-Antonio  
Köhl, Siegfried  
Krombach, Ulrich  
Lauble, Wilhelm  
Moll, Ilona  
Morgenschweis, Thomas - bis 18.13 Uhr w. TOP 4.6 öT  
Mues, Gunter

Mues, Steffen  
Müller, Heinz  
Müller, Manfred  
Nauck, Gerda  
Neubauer, Hans Peter  
Otto, Günter - bis 19.24 Uhr w. TOP 10 nöt  
Panthöfer, Ulrich  
Reitz, Manfred  
Rothenpieler, Wilhelm  
Rujanski, Detlef  
Schiemer, Hansgeorg  
Schleifenbaum, Dorothea  
Schmidt, André  
Schneider, Manfred  
Schulte, Werner  
Schulze, Werner  
Schwarz-Schumann, Helga  
Siebel, Helmut  
Sintzen, Gerlinde  
Sonntag, Hartmut  
Stahl, Markus  
Dr. Stötzel, Wolfgang  
Strunk, Christine  
Tielsch, Ingrid Karin  
Walter, Klaus-Volker  
Wolf, Marianne  
Wunderlich, Horst

## II. Von der Verwaltung:

StK Baumeister  
StR Dr. Rohr  
StBR Brune  
Städt. VR Kühn  
Werkleiter Harms  
Städt. VR Dorsch  
VA Schneider  
Städt. VR Sondermann  
Städt. VR Schneider  
Gleichstellungsbeauftragte Dellori  
StAR Münker - als Schriftführerin

## Nicht anwesend waren:

Eberlein, Klaus-Peter  
Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz  
Steuber, Burkhard  
Zips, Joachim

## **A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

Die Tagesordnung wird einvernehmlich um die Punkte 14, 14.1 und 14.2 erweitert.

### **1. Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Zur Mitunterzeichnung wird Frau Strunk bestimmt.

**27. Rat 24.04.2002**

### **2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom**

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

**27. Rat 24.04.2002**

### **3. Fragestunde**

#### **3.1. Planung der Westerwald-Autobahn A 48 im Stadtgebiet von Siegen**

- Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Kühn weist eingangs darauf hin, dass eine durch den Bürgermeister eingeholte Stellungnahme des zuständigen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz vom 27.03.2002 den Ratsmitgliedern vorliegt.

Die Anfrage beantwortet er wie folgt:

Die Stadt Siegen wurde bisher nicht offiziell über die geplante Maßnahme informiert sonder erhielt erst durch Presseberichte in den ersten Monaten des Jahres Kenntnis von dem Projekt. Bisher ist lediglich eine fiktive Linienführung in einem breiten Korridor bekannt. Auswirkungen auf die derzeitigen Planungen der Stadt Siegen zu den Gewerbegebietsentwicklungen im Bereich Oberschelden / Seelbach und auf die dortige Vorrangfläche zur Nutzung der Windenergie lassen sich deshalb zurzeit nicht darstellen.

Da der Stadt Siegen bisher nicht mehr als diese allgemein zugänglichen Informationen vorliegen, ist eine seriöse Beurteilung des Projektes derzeit nicht möglich. Weil auch noch kein Beteiligungsverfahren eingeleitet wurde konnte auch noch keine Stellungnahme zu dem Vorhaben abgegeben werden. Der Stadt Siegen haben bisher keine Unterlagen vorgelegen, die geeignet gewesen wären, Öffentlichkeit und Rat zu informieren.

**27. Rat 24.04.2002**

**3.2. Siegener Versorgungsbetriebe GmbH**

- Anfrage der UWG-Fraktion
- Anfrage der F.D.P.-Fraktion
- Anfrage des Stv Morgenschweis

Die umfangreichen Erläuterungen von Herrn Baumeister sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

**27. Rat 24.04.2002**

**3.3. Geschäftsentwicklung der Sparkasse Siegen**

- Anfrage des Stv Morgenschweis

Herr Dorsch verweist auf ein Urteil des VGH Baden-Württemberg, wonach Sparkassen Anstalten des öffentlichen Rechts sind, die das Recht der Selbstverwaltung besitzen und ihre durch das Sparkassengesetz und ihre Satzung zugewiesenen Aufgaben in eigener Verantwortung durch ihre Organe Verwaltungsrat, Kreditausschuss und Vorstand erfüllen. Angelegenheiten der Sparkasse sind deshalb grundsätzlich keine Gemeindeangelegenheiten, hinsichtlich denen ein Auskunftsanspruch eines Gemeinderatsmitgliedes gegenüber dem Bürgermeister, der Mitglied des Verwaltungsrates ist, besteht. Dieses Urteil ist entsprechend für die Sparkasse Siegen anzuwenden. Es wird empfohlen, künftig solche Anfragen unmittelbar an den Vorstand der Sparkasse zu richten.

**27. Rat 24.04.2002**

**3.4. Gebührenbescheid 2002 - Gebühren für Abfallbeseitigung usw.**

- Anfrage des Stv Morgenschweis

Herr Brune beantwortet die Anfrage wie folgt:

Der Rat der Stadt Siegen hat am 28.11.2001 die in der Verwaltungsvorlage Nr. 1464/01 vom 09.10.2001 vorgeschlagene Änderung der Satzung über die Abfallbeseitigungsgebühren beschlossen. Die Kalkulation für das Jahr 2002 ist in der Verwaltungsvorlage umfassend dargestellt.

Der Rat der Stadt Siegen hat ebenfalls am 28.11.2002 mit der Verwaltungsvorlage Nr. 1465/01 vom 09.10.2001 die Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren beschlossen. Auf der Grundlage der in der Vorlage dargestellten Kalkulation wurden die Straßenreinigungsgebühren um 0,23 € gesenkt und die Winterdienstgebühren um den gleichen Betrag (beide bezogen auf Anliegerstraßen) erhöht.

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Organisation der Abfallbeseitigung im Jahr

1999 untersucht. Dabei sind alle Rationalisierungspotenziale geprüft worden. Im Übrigen ist es ständige Aufgabe der Stadtreinigung, Verbesserungsmöglichkeiten im Betriebsablauf umzusetzen.

Der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes wurde mit Verwaltungsvorlage Nr. 112/99 dem Rechnungsprüfungsausschuss zu seiner Sitzung am 06.12.1999 vorgelegt. Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie hat den Bericht am 03.02.2000 zur Kenntnis genommen.

**27. Rat 24.04.2002**

### **3.5. Hallenbad Weidenau - Schwallwasserbehälter**

- Anfrage des Stv Morgenschweis

Herr Brune beantwortet die Anfrage wie folgt:

Die Planung und Ausschreibung der Maßnahme sowie die Bauausführung wurden von der Abteilung Hochbau vorgenommen, ein externes Büro wurde nicht eingesetzt. Es ist kein finanzieller Schaden entstanden. Vielmehr ist es der Aufmerksamkeit der Bauleitung zu verdanken, dass die mangelhafte Leistung rechtzeitig gerügt, die Abnahme letztlich verweigert und die Ersatzvornahme vorbereitet wurden.

**27. Rat 24.04.2002**

### **3.6. Einsparpotentiale der Projektgruppe "Aufgabenkritik"**

- Anfrage des Stv Morgenschweis

Die Antwort von Herrn Schneider ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**27. Rat 24.04.2002**

### **3.7. Arbeitsgruppe Anti-Korruption der Stadtverwaltung**

- Anfrage des Stv Morgenschweis

Die Antwort von Herrn Baumeister ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**27. Rat 24.04.2002**

## **4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

#### 4.1. Sanierung der Außenfassade des Turmes der Ev. Nikolai-Kirche

- Antrag der CDU-Fraktion

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisiert die Vorgehensweise, so Herr Groß, da man sich zunächst im Ältestenrat anderweitig verständigt hatte. Darüber hinaus trifft die Begründung, es handle sich um eine stadtbildprägendes Gebäude, ebenso auf andere Kirchen zu. Unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung kann seine Fraktion dem Vorschlag nicht folgen.

Die SPD-Fraktion und die F.D.P.-Fraktion werden sich auf Grund des Verfahrens der Stimme enthalten, merken Herr Kirchhöfer und Herr Walter an.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, zur Sanierung der Außenfassade des Kirchturms an der Nikolai-Kirche einen Zuschuss in Höhe von 20.000 € bereit zu stellen. Die Deckung erfolgt aus der Zahlung der ECE-Projektgruppe für die Nichtausführung der Fassadengestaltung an der City-Galerie.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (4 Gegenstimmen GRÜNE), Enthaltungen (SPD, FDP)**

**27. Rat 24.04.2002**

#### 4.2. Standort für eine neue Müllumschlag- und Sortieranlage im Kreisgebiet

- Antrag der CDU-Fraktion

Herr Mues verweist auf die seit der Antragstellung diskutierten Lösungsmöglichkeiten. Der Beschlussvorschlag sollte daher durch folgende Formulierung ersetzt werden:

1. "Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit allen kreisangehörigen Kommunen den Kreis aufzufordern, umgehend kreisweit nach einem geeigneten Standort für eine neue Müllumschlag- und sortieranlage entlang der A 45, vorrangig in der Nähe der Anschlussstellen und entlang der HTS zu suchen.
2. Es ist alternativ zu untersuchen, ob eine Trasse gefunden werden kann, die den Zu- und Abfahrtsverkehr der vorhandenen Deponie ohne konkrete Belästigung von Anwohnern aufnehmen kann. Gleichzeitig ist zu untersuchen, ob und wie die von der Sortieranlage, vom derzeitigen Deponiebetrieb und von der Nutzung des Deponiegeländes als Umladestation für Haus- und Biomüll ausgehenden Immissionen verhindert werden können. "

Trotz der bekannten Probleme sollte aus Sicht der Stadt Siegen ein neuer Standort Priorität haben. Diesbezüglich ist der Kreis gefordert, Alternativen sowohl für eine neue Anbindung der Deponie Fludersbach, als auch für einen verkehrsgünstig gelegenen anderen Standort aufzuzeigen.

Herr Kirchhöfer hält demgegenüber die Nennung des Bereiches entlang der A 45 und der HTS für zu konkret und möchte es bei dem Auftrag an den Kreis belassen, einen geeigneten anderen Standort zu ermitteln. Die Alternativuntersuchungen zu einer anderen Anbindung der Deponie Fludersbach sollten in den Antrag einfließen, werden seines Erachtens aber nicht zu einer kurzfristigen Verringerung der Belästigungen führen.

Herr Boller hält es für erforderlich, in der Diskussion konzeptionelle Überlegungen zur künftigen Müllentsorgung anzustellen und kurzfristige Maßnahmen zur Entlastung der Anlieger in der Fludersbach zu trennen.

Der geplante Straßenausbau kann seines Erachtens nicht zur Erhebung von KAG-Beiträgen führen, da die Anlieger den schlechten Zustand der Straße nicht zu verantworten haben. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, unverzüglich ein Nachtfahrverbot für LKW-Verkehr und die nach der Straßenverkehrsordnung möglichen Maßnahmen zur Lärminderung umzusetzen.

Unabhängig davon ist ein Abfallwirtschaftskonzept gemeinsam mit dem Kreis zu entwickeln, aus dem weitere Schlüsse für die Müllentsorgung in den nächsten Jahrzehnten zu ziehen sind. Solange nicht bekannt ist, wie künftig der Abfall aus dem Kreis Siegen-Wittgenstein entsorgt werden soll und wo demnach eine Umladestation sinnvoll sein könnte. Die Fragen der Biomüllentsorgung und -verwertung sowie der Synergieeffekte bei der Klärschlammverwertung sind bisher völlig unzureichend beantwortet und bedürfen dringend der Klärung.

Die Untersuchung alternativer Zufahrten zur Fludersbach ist seiner Auffassung nach unsinnig, da die beiden in der Diskussion stehenden Varianten weder in finanzieller noch in ökologischer Hinsicht darstellbar sind.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hält daher einen grundsätzliche Prüfauftrag für sinnvoll, aber nicht in der von der Antragstellerin formulierten detaillierten Form, die in den Konsequenzen für die Stadt Siegen zudem nicht hinreichend geprüft ist.

Herr Bürgermeister Stötzel sieht die Problematik vielmehr darin, dass bei einer möglichen kurzfristigen Schließung der Deponie mit einem weitaus höheren Verkehrsaufkommen zu rechnen ist. Daher ist seines Erachtens ein größerer Handlungsbedarf im Hinblick auf einen alternativen Standort gegeben.

Die F.D.P.-Fraktion sieht es als Aufgabe des Kreises, so Herr Walter, einen neuen Standort festzulegen. Die Probleme werden mit dem Ausbau der Straße nicht wesentlich verringert und der Kreis ist über eine finanzielle Beteiligung an den Kosten hinaus gefordert, Abhilfe zu schaffen.

Herr Bertelmann sieht den Antrag als Auftrag an den Bürgermeister, gemeinsam mit dem Kreis eine Lösung herbeizuführen. Eine Grundsatzdiskussion über die Abfallentsorgung ist für die Anlieger kurzfristig wenig hilfreich. Daher sollten anhand einer Bestandsaufnahme ermittelt werden, welche Optionen bestehen. Insofern kann er dem Antrag in der geänderten Form zustimmen mit der Einschränkung, keine konkreten Standortangaben zu machen.

Herr Morgenschweis ist der Meinung, dass anderer verkehrsmäßig besser zu erschließende Gebiete eher als Standort in Betracht kommen. Diesbezüglich ist die

Erarbeitung einer Konzeption für die künftige Müllentsorgung erforderlich.

Im Verlauf der weiteren Aussprache merkt Herr Mues an, dass er keine Nennung konkreter Bereiche für eine Umladestation für wenig hilfreich hält, da hinsichtlich einer möglichen künftigen Doppelbelastung der Fludersbach schnellstens Abhilfe geschaffen werden muss.

Frau Flohren schlägt vor, den Antrag um folgende konkrete Maßnahmen zu ergänzen:

- konsequente Überwachung der Geschwindigkeitsbeschränkung
- unverzügliche Verhängung eines Nachtfahrverbotes für Deponieverkehr
- Prüfung der Zulässigkeit von Anlieferungen über einen Umkreis von z. B. 100 km hinaus.

### **Beschluss:**

Die Stadt Siegen fordert den Kreis Siegen-Wittgenstein auf, alternativ zur Deponie Fludersbach, verkehrsgünstige, vorrangig Fernstraßen gelegene Standorte für alle Aktivitäten der Abfallbehandlung und -entsorgung zu suchen.

Die Kreisverwaltung Siegen-Wittgenstein wird alternativ beauftragt weiterhin zu untersuchen, ob eine Trasse gefunden werden kann, die den Zu- und Abfahrtsverkehr der vorhandenen Deponie ohne konkrete Belästigung von Anwohnern aufnehmen kann und wie die von der Sortieranlage, vom derzeitigen Deponiebetrieb und von der Nutzung des Deponiegeländes als Umladestation für Haus- und Biomüll ausgehenden Immissionen verhindert werden können.

Folgende Punkte sind dem Verkehrsausschuss kurzfristig zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen:

- konsequente Überwachung der Geschwindigkeitsbeschränkung
- unverzügliche Verhängung eines Nachtfahrverbotes für LKW
- Prüfung der Zulässigkeit von Anlieferungen über einen Umkreis von 100 km bis 150 km hinaus.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Gegenstimme Stv Morgenschweis)  
0 Enthaltungen**

**27. Rat 24.04.2002**

### **4.3. Zusätzliche Gewinnbeteiligung der Geschäftsführung der SVB**

- Antrag der UWG-Fraktion

Herr Bertelmann führt aus, dass der Vorgang sowohl in der UWG-Fraktion als auch in der Öffentlichkeit auf Befremden gestoßen ist. Eine erfolgsabhängige Vergütung in Leitungspositionen ist generell zwar üblich und akzeptabel. Damit soll jedoch auch ein entsprechendes unternehmerisches Risiko abgedeckt werden, was in diesem Fall aber nicht bestand. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob in einem

kommunalen Unternehmen vor dem Hintergrund des Personalkostenanteils im Vergleich zu den Gesamtkosten zwei Geschäftsführer erforderlich sind. Wenn die Verträge eine Gewinnbeteiligung in dieser Form zulassen, sind diese nach Auffassung der UWG-Fraktion langfristig nicht hinnehmbar. Im Vordergrund sollte eine möglichst verbrauchergünstige Preisgestaltung stehen. Da nach Auskunft der Verwaltung eine erneute Prüfung des Sachverhaltes in Auftrag gegeben wurde, ist der Antrag zunächst als erledigt anzusehen.

Herr Mues erklärt, dass seitens des Aufsichtsrates eine Sonderprüfung durch den Wirtschaftsprüfer veranlasst wurde. Dieser hat das Verfahren als ordnungsgemäß bescheinigt.

Herr Boller schließt sich den Ausführungen von Herrn Bertelmann und hält es für angebracht, die angewandte Systematik und die Unternehmensstruktur zu verändern. Die Konsequenzen aus dem Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren hinsichtlich der erhöhten Vergütung für die Geschäftsführer und damit verbunden Gewinnminderung war aus der Vorlage explizit nicht erkennbar.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt daher den Antrag, , dass der Rat die Auswirkungen aus dem Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren auf die Geschäftsführung der SVB missbilligt und den Bürgermeister beauftragt, auf eine Änderung der Verträge hinzuwirken.

Bezug nehmend auf die bisherigen Wortmeldungen und den Antrag weist Herr Kirchhöfer darauf hin, dass die Beträge vollständig den Geschäftsberichten entnommen werden konnten. Die Gewinne wurden jeweils in den vergangenen Jahren nicht ausgeschüttet sondern als Sonderrücklage in die Bilanz eingestellt. Die Entscheidung über die Verwendung wurde dann zu einem späteren Zeitpunkt getroffen im Hinblick auf die Möglichkeiten der steuerlichen Behandlung. Der Begriff der Steuerrückerstattung ist in diesem Zusammenhang nicht zutreffend und die Diskussion im Hinblick auf die frei zur Verfügung stehenden Daten aus seiner Sicht unverständlich.

Herr Walter hält fest, dass die Berichterstattung der Medien in der Öffentlichkeit für Aufmerksamkeit gesorgt haben und daher eine Diskussion im Rat durchaus angebracht ist. Die vorgebrachten Kritikpunkte sollten bei einer Neugestaltung der Verträge zu gegebener Zeit berücksichtigt werden.

Herr Bertelmann erklärt abschließend, dass er den Antrag der UWG-Fraktion zurückgenommen hat und schlägt vor, über das weitere Vorgehen im Ältestenrat zu beraten.

### **Beschluss (über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Der Rat der Stadt Siegen missbilligt die Auswirkungen des "Schütt-aus-hol-zurück-Verfahrens" auf die Geschäftsführung der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH und beauftragt den Bürgermeister, auf eine Änderung der Verträge hinzuwirken.

**Beratungsergebnis: 25 Stimmen dafür, 22 Stimmen dagegen, 8 Enthaltungen**

#### **4.4. Einspruch / Antrag auf Feststellungsklage gegen den Abfallwirtschaftsplan (AWP) - neu**

- Antrag der UWG-Fraktion

Nach Auffassung von Frau Strunk sind die angesprochenen Punkte grundsätzlich diskussionswürdig. Da der Abfallwirtschaftsplan noch nicht vorliegt, ist eine Diskussion und Beschlussfassung über Einzelfragen zur Zeit nicht möglich.

Herr Mues und Herr Kirchhöfer sehen weniger die Zuständigkeit der Stadt als vielmehr die des Kreises.

Herr Bertelmann hält es für erforderlich, bereits im Vorfeld als Stadt Siegen Position zu beziehen und angesichts der Kürze der Zeit eine entsprechende Entscheidung zu fällen.

#### **Beschluss:**

Soweit der in Vorbereitung befindliche Abfallwirtschaftsplan (AWP) weitere finanzwirtschaftliche negative Folgen für die Gemeinde / Stadt Siegen und deren Bürger haben sollte, beauftragt der Rat den Bürgermeister, hiergegen vorzugehen und den Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein aufzufordern, gegen den AWP Einspruch einzulegen und gleichzeitig Feststellungsklage wegen Verfassungswidrigkeit gegen die dem AWP zugrunde liegende Regelung des § 1 Absatz 3 Landesabfallgesetz einzulegen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (Ja-Stimmen UWG, FDP),  
0 Enthaltungen**

**27. Rat 24.04.2002**

#### **4.5. Einführung eines Job-Tickets für die Stadtverwaltung Siegen**

- Antrag der SPD-Fraktion

Herr Schneider berichtet, dass verwaltungsseitig bereits gemeinsam mit dem Personalrat erste Schritte eingeleitet wurden. Zunächst soll die erforderliche Beschäftigtenzahl entsprechend den Vorgaben der VWS ermittelt und anschließend auf der Grundlage der Mindestbeteiligungsquote die Akzeptanz in der Mitarbeiterschaft festgestellt werden.

Herr Walter bittet um Auskunft über die Kosten für den Arbeitgeber und die Beschäftigten.

Herr Bürgermeister Stötzel sagt eine Verwaltungsvorlage zu dem Thema zu.

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird aufgefordert, schnellstmöglich mit den VWS Verhandlungen zur Einführung eines Job-Tickets für die Stadtverwaltung Siegen aufzunehmen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 3 Enthaltungen**

**27. Rat 24.04.2002**

**4.6. Sammlung "Ortsrecht der Stadt Siegen"**

- Antrag der CDU-Fraktion

Herr Groß weist darauf hin, dass vor einigen Jahren auch alle Förderrichtlinien der Stadt Siegen zusammengestellt wurden, die ggf. der Aktualisierung bedürfen. Es wäre sinnvoll, auch diese Unterlagen im Internet einzustellen.

Herr Schneider regt an, alternativ zur Papierform die Sammlung auf CD zur Verfügung zu stellen.

**Beschluss:**

Die Stadt Siegen wird kurzfristig ein "Ortsrecht der Stadt Siegen" in Form einer Lose-Blatt-Sammlung, welches sämtliche Satzungen, Ordnungen, Verordnungen und Vorschriften der Stadt Siegen enthält und ständig aktualisiert wird, auflegen und allen damit befassten Stellen innerhalb der Verwaltung sowie den Ratsmitgliedern zur Verfügung stellen.

Das "Ortsrecht der Stadt Siegen" wird auch ins Internet eingestellt.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**27. Rat 24.04.2002**

**5. Jugendleiter-/Jugendleiterinnen-Card (JuLeiCa)  
Förderung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit**

Vorlagenr. 1815/2002 - Vorlage vom 28.02.2002

Herr Groß erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zustimmt. Bereits bei der Beratung im Jugendhilfeausschuss wurde deutlich, dass solche Regelungen für alle ehrenamtlich Tätige gelten müssen. Dies ist mit dem Verwaltungsvorschlag nicht gewährleistet sondern führt vielmehr zu einer Ungleichbehandlung der verschiedenen Gruppen.

Herr Schneider lehnt den Vorschlag gleichfalls ab und verweist auf den Auftrag des Fachausschusses, hinsichtlich möglicher Vergünstigungen für die Mitglieder der ehrenamtlichen Feuerwehr in den Hallen- und Freibädern das Thema aufzuarbeiten und dem Ausschuss wieder zu berichten. Dies ist bisher nicht erfolgt.

Herr Rujanski versteht den Verwaltungsvorschlag als Einstieg in die besondere Förderung ehrenamtlichen Engagements. Bezug nehmend auf den Hinweis zu sog. Freiwilligenagenturen macht er darauf aufmerksam, dass diese Aufgabe durch die Stadt angesichts der Aktivitäten der freien Träger der Wohlfahrtspflege nicht übernommen werden sollte.

Herr Schmidt hält die Forderung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, für alle ehrenamtlich Tätigen Vergünstigungen einzuführen für unrealistisch und nicht handhabbar. Mit der JuLeiCa soll neben einem finanziellen Vorteil besonders eine ideelle Wertschätzung zum Ausdruck kommen. Diesbezüglich sollten Überlegungen angestellt werden, wie auch andere Personenkreise eine entsprechende Würdigung erfahren können.

Die F.D.P.-Fraktion wird sich generell dem Vorschlag nicht verschließen, so Herr Walter, hält aber eine Ungleichbehandlung für problematisch. Im Hinblick auf die Kosten ist eine einheitliche Regelung kaum möglich.

Herr Groß verweist auf den letzten Satz des Beschlussvorschlags, wonach die Vergünstigungen für Inhaberinnen und Inhaber der JuLeiCa als abschließend und nicht als erster Schritt zu verstehen sind. Wenn dies nicht der Fall sein sollte beantragt er, diesen Satz zu streichen.

Für Herrn Schmidt hat die Formulierung zum Inhalt, dass für den Bereich JuLeiCa keine weiteren Vergünstigungen gewährt werden.

Herr Schiemer teilt die Auffassung und bittet, das Erreichte nicht wieder in Frage zu stellen. Seines Erachtens ist es jedem Fachausschuss unbenommen, eigenen Vorschläge zu erarbeiten.

Herr Bertelmann hält eine entsprechende Formulierung des Beschlusses für angebracht, wenn dieser im Sinne der Redebeiträge von Herrn Schmidt und Herrn Schiemer gefasst werden soll.

Herr Bürgermeister Stötzel zieht den letzten Satz des Beschlussvorschlages zu streichen. Über die weitere Verfahrensweise könnte zu einem späteren Zeitpunkt beraten werden.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt - aufgrund der besonderen landesseitigen Gewichtung - finanzielle Vergünstigungen für ehrenamtliche Tätigkeit nur an Inhaber der Jugendleiter/ Jugendleiterinnen-Card zu gewähren.

An den bisherigen beschlossenen Vergünstigungen für die Bereiche

- Bücherei
- Bäder
- Siegerlandmuseum / Ausstellungsforum Haus Oranienstraße

wird festgehalten.

### **Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür**

## **6. Tageseinrichtungen für Kinder Bedarfsplanung 2000 - 2002**

Vorlagenr. 1816/2002 - Vorlage vom 05.03.2002

Herr Schmidt nimmt Bezug auf die Beratung im Fachausschuss, wo hervorgehoben wurde, dass derzeit bereits die Möglichkeit besteht, in Einzelfällen Plätze umzuwandeln. Zu den Überlegungen im Vorfeld der Diskussion, flächendeckend alle Plätze umzuwandeln und insbesondere in der Alterstufe 0 - 3 Jahre eine große Zahl von Plätzen zu Verfügung zu stellen, vertritt die CDU-Fraktion die Auffassung, dass diese Altersgruppe prioritär in der Familie erzogen werden sollte. Ungeachtet dessen können für besondere Personengruppen gesonderte Regelungen getroffen werden.

Herr Rujanski weist auf die Besonderheit in Siegen hin, dass sich nur eine Einrichtung in städtischer Trägerschaft befindet und durch die freien Träger ein erheblicher Eigenanteil in der Finanzierung übernommen wird. Des Weiteren ist die Bandbreite pädagogischer Konzeptionen positiv hervorzuheben. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ist weitestgehend erfüllt, nun scheint sich jedoch bei Betrachtung der Entwicklungszahlen eine Trendwende bei den Kindergartenplätzen abzuzeichnen, die in der Zukunft Entscheidungsmöglichkeiten eröffnen wird. Die SPD-Fraktion spricht sich diesbezüglich grundsätzlich gegen den Abbau von Plätzen an den Standorten aus, an denen Kindergartenplätze dem Bedarf entsprechen. Konkrete Umwandlungen sollten als Kindertagesstätten erfolgen, wobei die SPD-Fraktion vorrangig ein Angebot für die unter 3-Jährigen schaffen möchte. Der Hort-Bereich wird zunehmend in die Zuständigkeit der Schulen fallen.

Herr Groß führt aus, dass erst jetzt über die Jahre 2000 - 2002 beraten wird und insofern keine Planung im engeren Sinne betrieben wird. Auch die Zahlen lassen nicht konkret erkennen, wo und in welcher Größenordnung Plätze umgewandelt werden sollen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schätzt den Bedarf jedoch erheblich höher ein, als bisher aus den Diskussionen zu entnehmen war. Vor diesem Hintergrund wird beantragt, den Beschluss wie folgt zu ändern: "Der Rat der Stadt Siegen beschließt entsprechend der Vorlage als ersten Schritt die Erweiterung des Platzangebotes für 10 % der Kinder unter drei Jahren und für 20 % der Schulkinder bis spätestens zum Kindergartenjahr 2003/2004 umzusetzen."

In der Fachausschussdiskussion wurde von keiner Seite ein Abbau von Plätzen verlangt, so Frau Tielsch, sondern vielmehr die Gelegenheit zum Umbau gesehen. Sie hebt diesbezüglich den Hinweis der Gleichstellungsstelle hervor, dass bei den Entscheidungen der tatsächliche Bedarf maßgeblich sein muss. Vor diesem Hintergrund wurde auch der Zusatz im Fachausschuss formuliert und dem sollte Rechnung getragen werden.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würde die Diskussion des Jugendhilfeausschusses ad absurdum führen, wirft Herr Schmidt ein. Gerade vor dem Hintergrund der vorliegenden Zahlen bestand Einvernehmen, dass keine prozentuale Festlegung getroffen, sondern bedarfsorientiert weiter gearbeitet werden sollte. Auch die finanzpolitischen Folgen können bei Überlegungen zur Umwandlung oder Schließung von Gruppen nicht außer acht gelassen werden.

Frau Nauck spricht sich dafür aus, zunächst den Bedarf zu ermitteln und auf dieser Grundlage weiter zu beraten.

Herr Rujanski weist darauf hin, dass aus konkreten Einzelfällen heraus die Frage nach der Position der politischen Gremien hinsichtlich der Umwandlung von Plätzen aufgekommen ist und die Diskussion als Signal für die Träger und die Verwaltung im Hinblick auf eine künftige Vorgehensweise verstanden werden sollte.

Frau Strunk merkt an, dass die Prognose aus der Mitte der 90er Jahre ohne Weiteres hätte fortgeschrieben werden können. Darüber hinaus sind die aufgezeigten Umsetzungsschritte ihres Erachtens unzureichend, zumal genügend Planungsinstrumente im Rahmen des KJHG zur Verfügung stehen und darüber hinaus Erfahrungswerte vergleichbarer Kommunen herangezogen werden könnten. Daher sollten zeitnah mit den freien Trägern Vorschläge erarbeitet und zur Beratung vorgelegt werden.

Herr Dr. Rohr führt aus, dass auf Basis der Bestandserhebung zunächst eine Grundsatzentscheidung über die Umwandlung von Plätzen herbeigeführt werden soll. Die Fortschreibung der Zahlen kann dann mit konkreten Vorschlägen verbunden werden, wobei auch die Haushaltslage zu berücksichtigen ist.

---

### **Beschluss (über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

"Der Rat der Stadt Siegen beschließt entsprechend der Vorlage als ersten Schritt die Erweiterung des Platzangebotes für 10 % der Kinder unter drei Jahren und für 20 % der Schulkinder bis spätestens zum Kindergartenjahr 2003/2004 umzusetzen."

### **Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (4 Ja-Stimmen GRÜNE)**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder in Siegen 2000 - 2002 als einen Baustein im Rahmen der Bestandsaufnahme städtischer und außerstädtischer Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendhilfe und Sozialarbeit zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, Erhebungen durchzuführen, die verlässliches Zahlenmaterial liefern, um auf dieser Grundlage spätestens in 2003/2004 über grobe Richtungsvorgaben befinden bzw. konkrete Entscheidungen treffen zu können.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 4 Enthaltungen**

**7. Erweiterung der Hauptschulen Eiserfeld und Achenbach**

Vorlagenr. 1756/2002 - Vorlage vom 18.02.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die bauliche Erweiterung der Hauptschule Eiserfeld und der Hauptschule Achenbach in dem im Einzelnen in der Vorlage dargestellten Umfang. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2003 ff haushaltsverträglich (ohne Ausweitung der Netto-Neuverschuldung) zu veranschlagen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**8. Haushalt 2001;  
hier: Entscheidung über die Bildung von Haushaltsresten im Jahresabschluss 2001**

Vorlagenr. 1771/2002 - Vorlage vom 20.02.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen stimmt der Bildung von Haushaltsresten nach den Anlagen 1 (Verwaltungshaushalt) und 2 (Vermögenshaushalt) der Vorlage zu.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

9. **Weisungsrecht des Rates der Stadt Siegen gegenüber Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH zur Sitzung am 19. März 2002;**  
**hier: Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 1. April 2002**
- Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW -**

Vorlagennr. 1827/2002 - Vorlage vom 13.03.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung vom 14.03.2002, gegenüber den Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH für die Sitzung am 19. März 2002 zum Tagesordnungspunkt 4 "Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 1. April 2002" keine Weisung nach § 113 Abs. 1 GO NW zu erteilen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

10. **Errichtung eines dynamischen Busdispositions- und Fahrgastinformationssystems am ZOB Siegen-Mitte;**  
**hier:**  
**Sachstand, Rahmenbedingungen**  
**Vertragsabschluss mit der VWS AG**

Vorlagennr. 1848/2002 - Vorlage vom 27.02.2002

Herr Boller betont, dass die Verträge nicht nur die Errichtung des Busdispositions- und Fahrgastinformationssystems beinhalten, sondern auch den Bau des Busbereitstellungsplatzes in der teuersten Variante. Letzterer ist entbehrlich, zumal für diese Vorhaben unnötiger Weise Gebäude abgerissen werden sollen.

Herr Kirchhöfer weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion die über den Verwaltungsvorschlag hinaus gehenden Änderungen nicht befürwortet und sich der Stimmen enthalten wird.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Abschluss des Vertrages zur Errichtung eines dynamischen Busdispositions- und Fahrgastinformationssystems am ZOB in Siegen-Mitte gemäß Anlage zur Vorlage mit folgenden Änderungen:

- Das Begleitschreiben zur Vorlage wird nicht Vertragsbestandteil und demzufolge nicht beschlossen.

- § 1 Abs. 4 wird wie folgt ergänzt:  
In der 5. Zeile wird nach dem Wort "üblichem Umfang" eingefügt: "(90 % für Los 1, 85 % für Los 2)".
- § 4 wird wie folgt geändert:
  - a) die Überschrift lautet "Folgekosten"
  - b) Abs. 1 erhält folgende Neufassung:  
"Sämtliche Folgekosten des BDS trägt die VWS."
- Die im Vertragsentwurf genannten Kosten für die Errichtung des BDS werden auf 1,8 Mio. EUR festgeschrieben.
- Es wird ein neuer § 7 eingefügt mit folgendem Wortlaut:  
"Der Vertrag wird erst wirksam, wenn die Ausschreibungsergebnisse vorliegen und die vertraglich festgelegten Beträge eingehalten werden."
- Die Schiedsgerichtsklausel entfällt. Es gilt der ordentliche Rechtsweg.
- Die Verwaltung wird beauftragt, den Vertrag mit der VWS kurzfristig abzuschließen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür**

11. **Erlass einer Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 319 "Gewerbegebiet Eiserntalstraße / Hüttenweiher" im Stadtteil Eisersfeld;**  
**hier:**  
**1. Auf § 31 GO NW wird hingewiesen**  
**2. Beschluss der Veränderungssperre gem. § 16 Abs. 1 BauGB als Satzung**

Vorlagenr. 1784/2002 - Vorlage vom 14.02.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß § 16 Abs. 1 BauGB die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 319 "Gewerbegebiet Eisertalstraße / Hüttenwiese" auf Anlage 2 zur Vorlage als Satzung.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**12. Aufhebung der Ortsdurchfahrt im Zuge der L 562 / B 54 - Freudenberger Straße - in Siegen-Mitte**

Vorlagennr. 1814/2002 - Vorlage vom 12.02.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen erteilt sein Einvernehmen zur Aufhebung der Ortsdurchfahrt im Zuge der L 562 - Freudenberger Straße - in Siegen-Mitte und zur Festsetzung des Endes der freien Strecke an der Einmündung der Freudenberger Straße in die Sandstraße.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**13. Eigenbetrieb der Stadt Siegen****13.1. 2. Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb der Stadt Siegen für Entwässerung vom 07. März 1997  
hier: Änderung der DM-Wertgrenzen in Euro (€)**

Vorlagennr. 1869/2002 - Vorlage vom 18.03.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb der Stadt Siegen für Entwässerung vom 07. März 1997 wie folgt:

**§ 4 Werksausschuß**

Abs. 3, Buchstaben a) und b)

- a) Zustimmung zu Verträgen, wenn der Wert im Einzelfall den Betrag von 150.000,00 € übersteigt, ausgenommen sind die Geschäfte der laufenden Betriebsführung und Angelegenheiten, die nach der Gemeindeordnung, der Eigenbetriebsverordnung oder durch die Hauptsatzung der Zuständigkeit des Rates vorbehalten sind,
- b) Zustimmung zu Mehrausgaben gem. § 16 Abs. 5 EigVO, sofern sie im Einzelfall 25.000,00 € überschreiten; ausgenommen sind Mehrkosten, die aufgrund gesetzlicher oder tariflicher Verpflichtungen bestehen. Werden Mehrausgaben ganz oder teilweise durch zweckgebundene Einnahmen gedeckt, so erhöht sich der v. g. Betrag entsprechend.

**§ 11 Stammkapital**

Das Stammkapital des Eigenbetriebs beträgt 25.564,69 €.

**§ 12 Wirtschaftsplan**

Abs. 2)

Die Pflicht zur unverzüglichen Änderung des Wirtschaftsplanes richtet sich nach der Eigenbetriebsverordnung.

Erheblich im Sinne des § 14 Abs. 2 a) EigVO ist grundsätzlich eine Abweichung von mehr als 250.000,00 €.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**13.2. 1. Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage vom 17.05.2000 (Abwassersatzung)**

Vorlagenr. 1870/2002 - Vorlage vom 18.03.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen vom 17.05.2000 (Abwassersatzung) wie folgt:

**§ 5 Begrenzung des Benutzungsrechtes**

Abs. (10 a):

Ausnahmen zu Abs. 3 Nr. 12 können erlaubt werden. Die tatsächliche Inanspruchnahme des Kanals führt in jedem Fall zu einer Gebührenpflicht auch bei unerlaubter Einleitungen von Grund-, Drain- und Baugrubenwasser.

Der Gebührensatz für Schmutzwasser pro m<sup>3</sup> Frischwasser lt. Gebührensatzung gilt für die gemessene oder geschätzte Einleitungsmenge entsprechend. Die Möglichkeit der Ahndung durch ein Bußgeld bei fehlender Erlaubnis bleibt unberührt.

**§ 24 Ordnungswidrigkeiten**

Abs. 3:

Ordnungswidrigkeiten nach den Absätzen 1 und 2 können mit Geldbußen bis zu 50.000 € geahndet werden.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**14. 1. Ausschussneubesetzung**

**2. Bestellung von Vertretern der Stadt Siegen zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten gem. § 113 GO NW**

Vorlagenr. 1896/2002 - Vorlage vom 16.04.2002

**Beschluss:**

**1. Ausschussneubesetzungen**

Der Rat der Stadt Siegen wählt

**1.1 in den Bezirksausschuss II**

Frau Christine Strunk (Stv) als stellvertretendes Mitglied

**1.2 in den Bezirksausschuss V**

Herrn Joachim Boller (Stv) als stellvertretendes Mitglied

**1.3 in den Verkehrsausschuss**

Herrn Ingo Müller-Kurz (s. B.) als ordentliches Mitglied und

Herr Michael Groß (Stv) als stellvertretendes Mitglied

**1.4 in den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen**

Herrn Michael Groß (Stv) als stellvertretendes Mitglied

**2. Bestellung von Vertretern der Stadt Siegen zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten gem. § 113 GO NW**

Der Rat der Stadt Siegen bestellt Herrn Raimund Klauser (s. B.) zum ordentlichen Mitglied und Herrn Joachim Boller (Stv) zum stellvertretenden Mitglied des Energiebeirates.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**14.1. Neubesetzung im Ausschuss für Schul- und Bildungswesen**

Vorlagenr. 1901/2002 - Vorlage vom 18.04.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen als

**1. Vertreter der Lehrerschaft für Gymnasien**

1.1 Frau Oberstudiendirektorin Irmgard Klein als ordentliches Mitglied

1.2 Herrn Oberstudiendirektor Klaus Schütte als stellvertretendes Mitglied

**2. Vertreter der Elternschaft für Grundschulen**

2.1 Herrn Achim Rosenthal als ordentliches Mitglied

2.2 Frau Anja Fuchs als stellvertretendes Mitglied

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**14.2. 1. Ausschussumbesetzung**

**2. Bestellung von Vertretern der Stadt Siegen zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten gem. § 113 GO NW**

Vorlagenr. 1909/2002 - Vorlage vom 23.04.2002 (Tischvorlage)

**Beschluss:**

**1. Ausschussumbesetzung**

Der Rat der Stadt Siegen wählt

1.1 in den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

Frau Brigitte Eger-Kahleis (s. B.) als ordentliches Mitglied

1.2 in den Jugendhilfeausschuss

Herrn Marc Klein (s. B.) als ordentliches Mitglied und

Herrn Ingo Janson (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

1.3 in den Verkehrsausschuss

Herrn Heinz Müller (Stv) als ordentliches Mitglied

1.4 in den Personalausschuss

Herrn Heinz Müller (Stv) als stellvertretendes Mitglied

**1.5 in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen**

Frau Silvia Kessler (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

**1.6 in den Werksausschuss**

Frau Christa Schlenther (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

**1.7 in den Bezirksausschuss I – Siegen-Geisweid –**

Frau Gisela Kamieth (s. B.) als ordentliches Mitglied

**1.8 in den Bezirksausschuss III – Siegen-Ost –**

Herrn Karl-Heinz Dittrich (s. B.) und Frau Anke Thielmann (s. B.) als ordentliche Mitglieder und

Herrn Dirk Fassbender (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

**1.9 in den Bezirksausschuss V – Siegen-West –**

Herrn Sebastian Kempf (s. B.) als ordentliches Mitglied

**2. Bestellung von Vertretern der Stadt Siegen zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten gem. § 113 GO NW**

Der Rat der Stadt Siegen bestellt

**2.1 in den Zweckverband Siegerlandflughafen**

Frau Katrin Dittert (Stv) als ordentliches Mitglied

**2.2 in den Zweckverband Klärwerk**

Herrn Horst Wunderlich (Stv) als ordentliches Mitglied und

Herrn Uwe Elter (Stv) als stellvertretendes Mitglied

**2.3 in die Gesellschafterversammlung NAS**

Herrn André Schmidt (Stv) als ordentliches Mitglied und

Frau Ilona Moll (Stv) als stellvertretendes Mitglied

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**



**Anlage zu TOP 3.2**

STADT SIEGEN  
I. Beigeordneter

Siegen, 15.04.2002

**Antrag bzw. Anfragen bezüglich der Gewinnbeteiligung bzw. Sonderzahlung der SVB GmbH-Geschäftsführung****1. VORBEMERKUNG/ZULÄSSIGKEIT DER BEHANDLUNG DES VORGENANNTEN ANTRAGES BZW. DER ANFRAGEN**

Bei der Diskussion des vorgenannten Antrages bzw. bei der Beantwortung der Anfragen sind sowohl die besonderen Vorschriften der §§ 112 und 113 GO NW als auch die Bestimmungen des GmbH-Gesetzes mit den anzuwendenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Aktiengesetzes und des Publizitätsgesetzes zu beachten.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass sich die Auskunftserteilung in Bezug auf Angelegenheiten von Unternehmen und Einrichtungen, an denen die Gemeinde beteiligt ist, an der Spezialvorschrift des § 113 Abs. 5 GO NW orientiert. Diese Bestimmung verdrängt in ihrem Anwendungsbereich die allgemeinen Rechtsnormen über Fragen und Auskunftsrechte von Ratsmitgliedern. Danach haben die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen und Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde beteiligt ist, den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Dies geschieht bei der Stadt Siegen unter anderem durch die Herbeiführung von entsprechenden Weisungsbeschlüssen bei Angelegenheiten von besonderer Bedeutung und die jährliche Vorlage des Beteiligungsberichtes nach § 112 GO NW.

Sollte sich der Rat durch die vorgenannten Normadressaten/Unterrichtungsmöglichkeiten nicht ausreichend informiert fühlen, kann er nur aufgrund eines **Mehrheitsbeschlusses** zusätzliche Informationen begehren, sofern dem keine gesetzlichen Regelungen entgegenstehen. Ohne Mehrheitsbeschluss muss insofern auf die öffentlich zugänglichen Unternehmensunterlagen sowie auf den in § 112 GO NW verankerten Beteiligungsbericht verwiesen werden.

Selbst bei einem entsprechenden Mehrheitsbeschluss des Rates darf das Auskunftsersuchen nicht auf eine faktische Veröffentlichung von Unternehmensinterna hinauslaufen. Die vorgenannten gesellschaftsrechtlichen Bestimmungen (GmbH-Gesetz, Handelsgesetzbuch usw.) mit dem Interesse einer Gesellschaft auf Vertraulichkeit ihrer Geschäftsbeziehungen geht als Bundesrecht dem jeweiligen Kommunalrecht vor. Nach den für privatrechtlichen Gesellschaften maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen sind unter anderem steuerrechtliche Aspekte und Personalangelegenheiten vertraulich zu behandeln.

Als Fazit bleibt damit festzuhalten, dass die erbetenen Auskünfte unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt von dem Fragerecht gemäß § 8 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Siegen in Verbindung mit § 47 GO NW gedeckt sind. Insofern ist die Verwaltung nicht berechtigt, zu den in den Anfragen genannten Punkten dezidiert Stellung zu nehmen. Dies gilt insbesondere für steuerrechtliche und personalrechtliche Aspekte.

## 2. **ZUM SACHVERHALT**

Da das Thema der Anfragen bereits Gegenstand der öffentlichen Diskussion (Presseberichterstattung, Leserbrief) gewesen ist, wird aus Sicht der Verwaltung zum bekannten Sachverhalt wie folgt Stellung genommen:

Die in Rede stehenden Zahlungen an die SVB-Geschäftsführung sind im Zusammenhang mit dem im Jahre 2000 auf Basis des Jahresabschlusses 1999 durchgeführten steuerlichen „Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren“ zu sehen.

Die Teilnahme der Stadt Siegen an diesem Verfahren hat die Gesellschafterversammlung der SVB GmbH (Vertreter der Gesellschafterin Stadt Siegen ist der Haupt- und Finanzausschuss) in einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung am 23.08.2000 beschlossen. Die Beschlussfassung der städtischen Gremien stellte sich wie folgt dar:

- Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW am 08.09.2000;
- Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses am 20.09.2000;
- Beschluss des Rates der Stadt am 18.10.2000.

Den städtischen Gremien wurde der Sachverhalt zur Beschlussfassung mit nicht öffentlicher Vorlage vom 06.09.2000, Vorlage-Nr. 684/00, eingehend dargestellt. Die vorbezeichnete Beschlussvorlage enthält sämtliche entscheidungsrelevanten Daten und Informationen, so dass aus dieser Vorlage alle im Antrag der UWG-Fraktion gestellten Fragen beantwortet werden können. Im Übrigen erfolgten die jeweiligen Beschlussfassungen in den städtischen Gremien alle einstimmig.

Im Zusammenhang mit der öffentlichen Diskussion bezüglich des durchgeführten Ausschüttungsverfahrens und der daraus resultierenden Folgen hat sich der Aufsichtsrat der SVB GmbH in seiner Sitzung am 19.03.2002 eingehend mit dem Sachverhalt beschäftigt. Im Rahmen dieser Beratung hat der Vorsitzende des Aufsichtsrates eine entsprechende Erklärung abgegeben, die – zusammengefasst – im Wesentlichen folgende Punkte zum Inhalt hat:

1. Die EVERSHEIM • STUIBLE TREUBERATER GMBH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, hat die Jahre 1999, 2000 und früher einschließlich aller damit zusammenhängenden relevanten Vorgänge – auch unter steuerlichen Gesichtspunkten – geprüft. Die Berichte enthalten einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk mit dem Inhalt, dass die Prüfung zu keinen Einwendungen geführt hat.

2. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates hat sich persönlich über den Inhalt der Anstellungsverträge zwischen den Gesellschaftern und der Geschäftsführung informiert und ist zu der Auffassung gekommen, dass die Zahlungen an die Geschäftsführer auf dieser Basis rechtmäßig erfolgt sind.
3. Um allen denkbaren weiteren Mutmaßungen und Gerüchten die Grundlage zu entziehen, hat der Vorsitzende des Aufsichtsrates die genannte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt, im Zusammenhang mit der begonnenen Prüfung des Jahresabschlusses 2001 diese zu bitten, das durchgeführte Ausschüttungsverfahren im Jahre 1999/2000 einschließlich der in Frage stehenden Zahlungen erneut einer gesonderten Prüfung zu unterziehen.
4. Die SVB GmbH ist eine privatrechtlich organisierte so genannte gemischtwirtschaftliche Gesellschaft. Damit unterliegt sie den Vorschriften des GmbH-Gesetzes, des Handelsgesetzbuches und des Publizitätsgesetzes. Die in diesen Gesetzen vorgesehenen Veröffentlichungspflichten sind sämtlich erfüllt worden. Ebenso sind die Gesellschafter sowie die zuständigen Gremien des Unternehmens voll umfänglich über alle relevanten Vorgänge informiert worden. Darüber hinausgehende Auskunfts- oder Veröffentlichungspflichten bestehen nicht und können auch nicht erfüllt werden; diese schon deshalb nicht, weil der Vertrauensschutz gegenüber allen Gesellschaftern dies verbietet.

gez. Reinhold Baumeister

## Anlage zu TOP 3.6

Die Statt Partei - Die Unabhängigen - im Rat der Stadt Siegen hat mit Schreiben vom 16.03.2002 zur Vorlage Nr. 1770/02 „**1. Sachstandsbericht der Projektgruppe Aufgabenkritik**“ (beraten im Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt am 06.03.2002) gemäß § 8 (5) GO des Rates der Stadt eine Anfrage gestellt, die wie folgt beantwortet wird:

**Frage 1:** Wer beschloss wann die Zusammensetzung der „Projektgruppe Aufgabenkritik“ und nach welchen Prioritäten werden Sparpotentiale innerhalb der Verwaltung gesucht?

**Antwort 1:** Der Bürgermeister hat im Rahmen seiner Zuständigkeit mit Organisationsverfügung vom 19.04.2000 die **Einrichtung einer „Projektgruppe Aufgabenkritik“** mit folgendem Inhalt bzw. Auftrag verfügt:

Aufgrund der aktuellen finanzwirtschaftlichen Situation der Stadt Siegen und vor dem Hintergrund

- des bevorstehenden Tarifabschlusses
- der Steuerentlastungsvorhaben der Bundesregierung
- der beabsichtigten Beteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden an den delegierten Sozialhilfeaufwendungen nach dem Entwurf des 2. Modernisierungsgesetzes

wird von weiteren unbeeinflussbaren **Minder**-Einnahmen und **Mehr**-Ausgaben in Millionenhöhe auszugehen sein, die im aktuellen Haushalt 2000 bzw. der mittelfristigen Finanzplanung keine Berücksichtigung gefunden haben.

Die bisher von der Stadt eingeleiteten und umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen reichen angesichts des erkennbaren negativen Trends nicht aus, um perspektivisch den Haushaltsausgleich im Verwaltungshaushalt und damit die kommunale Handlungsfähigkeit wieder herzustellen.

Es ist zunächst **primär** Aufgabe der Verwaltung, weitergehende Einsparmöglichkeiten mit überwiegend zwangsläufig unpopulären Eingriffen in den bisherigen Aufgaben- und Ausgabenbestand und im Dienstleistungsangebot aufzuzeigen.

Schwerpunktaufgaben der **Projektgruppe Aufgabenkritik** sind

- Ermittlung / Bezifferung des Konsolidierungsbedarfes
- Festlegung von Einsparquoten für die jeweiligen Geschäfts- und Fachbereiche in Abhängigkeit von den Aufgabenstellungen (gesetzlich verpflichtend / freiwillig)

- Aufforderung an die Geschäftsbereiche / Fachbereiche zur Unterbreitung von Vorschlägen für die Erreichung der festgelegten Konsolidierungsquoten mit Darstellung der Folgewirkungen
- Erarbeitung eigener Konsolidierungsvorschläge im Sach- und Personalkostenbereich.

**Frage 2:** Aus welchen Personen besteht diese Gruppe?

**Antwort 2:** Mitglieder der Projektgruppe sind:

- Leiter Rechnungsprüfungsamt
- stellvertretender Leiter Rechnungsprüfungsamt
- Fachbereichsleiter 2 - zugleich Projektgruppenleiter -
- Abteilungsleiter 2/3
- Organisationssachbearbeiter - Abteilung 2/3 -
- Fachbereichsleiter 3
- stellvertretender Fachbereichsleiter 3
- Controller Geschäftsbereich 3.

**Frage 3:** Was ist mit „Verzicht auf 2. Sitzungsgeld“ gemeint (Maßnahme 005)?

**Antwort 3:** Die Maßnahme 005 - Verzicht auf 2. Sitzungsgeld je Sitzungstag - ist ausführlich in der Vorlage Nr. 1770/02 vom 21.02.2002 dargestellt und bedarf aus der Sicht der Verwaltung derzeit keiner weiteren Erläuterung.

**Anlage zu TOP 3.7**

STADT SIEGEN  
I. Beigeordneter

Siegen, 05.04.2002

**Anfrage • Arbeitsgruppe Anti-Korruption der Stadtverwaltung •**

Die Anfrage von Herrn Stadtverordneten Thomas Morgenschweis vom 16.03.2002 beantworte ich wie folgt:

Bei der Stadtverwaltung Siegen ist bereits seit dem 01.09.1998 eine innerdienstliche „Richtlinie zur Verhinderung von Manipulation und Korruption“ in Kraft. Mit Verfügung des damaligen Stadtdirektors vom 22.07.1999 wurde der Erlass des Innenministeriums NRW vom 12.04.1999 zur Bekämpfung von Korruption und Manipulation in öffentlichen Verwaltungen zur verbindlichen Arbeitsgrundlage für die Stadtverwaltung Siegen erklärt.

Der Bürgermeister hat mit Organisationsverfügung vom 01.12.1999 die Einrichtung einer Projektgruppe „Verhinderung von Manipulation und Korruption“ angeordnet. Dieser Projektgruppe wurde unter anderem die Neufassung der Dienstanweisung für Vergabeverfahren der Stadt Siegen aufgegeben. Diese ist seit dem 01.06.2001 in Kraft. Daneben wurden durch die Projektgruppe eine Reihe von Dienstbesprechungen und Informationsveranstaltungen – auch mit anderen Verwaltungen und Strafverfolgungsbehörden – durchgeführt.

Bei dieser Gelegenheit soll nicht unerwähnt bleiben, dass in einer aktuell publizierten Studie des Bundes der Steuerzahler NRW das Vorgehen der Stadt Siegen im Themenfeld „Verhinderung von Korruption und Manipulation“ als vorbildlich herausgestellt wurde.

gez. Reinhold Baumeister